Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2334**

15. Wahlperiode 13. 01. 2004

Antrag

der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Katherina Reiche, Thomas Rachel, Dr. Maria Böhmer, Ilse Aigner, Dr. Christoph Bergner, Helge Braun, Vera Dominke, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Helmut Heiderich, Michael Kretschmer, Helmut Lamp, Werner Lensing, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Bernward Müller (Gera), Hans Raidel, Dr. Heinz Riesenhuber, Kurt J. Rossmanith, Christian Schmidt (Fürth), Uwe Schummer, Marion Seib und der Fraktion der CDU/CSU

Stärkung der wissenschaftlichen Zukunfts- und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Raumfahrtstandorts Deutschland in Europa

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Forschungsergebnisse der Raumfahrt haben viele Anwendungen im Alltag gefunden und finden neben der militärischen Sicherheit auch Eingang u. a. in Verkehr und Mobilität, Information und Kommunikation, industrielle Wettbewerbsfähigkeit, Umweltschutz, Meteorologie, Raumordnung, Landwirtschaft und Fischerei. In der Praxis ist die Raumfahrt zu einer Quelle für technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt geworden.

Trotzdem sind die Grenzen der Kommerzialisierbarkeit zu berücksichtigen. Raumfahrt ist von der Forschung und Entwicklung bis zu vielen Umsetzungen staatlich dominiert. Nur mit einer effektiven und fundierten Grundlagenforschung kann eine langfristige wissenschaftliche und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden.

Die strategische Bedeutung der Raumfahrt haben neben den Vorreitern USA und Russland inzwischen auch Schwellenländer wie etwa China, Indien und Brasilien erkannt. Die EU hat zahlreiche wichtige Schritte unternommen, um eine tragende Rolle in der Raumfahrt einzunehmen und auszubauen:

- Seit 1980 verfügt Europa mit der Trägerrakete Ariane und dem Raketenstartzentrum in Kourou über einen unabhängigen Zugang zum Weltraum.
- Ein gemeinsames Projekt für satellitengestützte Navigations- und Ortungssysteme, GALILEO, ist auf den Weg gebracht.
- Mit „Global Monitoring for Environment and Security“ (GMES) wurde eine gemeinsame Initiative zur globalen Beobachtung zu Umwelt- und Sicherheitszwecken gestartet.
- Das „Digital Divide Programm“ der EU, das moderne Informations- und Telekommunikationstechnologien einschließlich satellitengestützter Breitbandkommunikation auch osteuropäischen EU-Beitrittsländer zugänglich machen soll, stellt eine weitere große Anwendungsperspektive für die europäische Raumfahrt dar.

- Die Raumfahrt ist als Aufgabe der Europäischen Union in ihrem Verfassungsentwurf verankert.
- Die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen für eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen der ESA und der Europäischen Gemeinschaft sind abgeschlossen und das Abkommen wurde am 26. November 2003 unterzeichnet.
- Das vor kurzem von der EU-Kommission vorgestellte Weißbuch enthält einen mehrjährigen Weltraum-Aktionsplan mit einem Bündel von Vorschlägen für ein Gemeinschaftsprogramm zur europäischen Raumfahrtpolitik, das bereits im nächsten Jahr gestartet werden soll.

Auch die deutsche Raumfahrt kann auf eine vielfältige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Ihr Beitrag zum gemeinsamen europäischen Erfolg vor allem bei Ariane war beachtlich und verdient Anerkennung. Deutsche Ingenieurleistungen bei Raketenantrieben, Boostern, Antennen, Solarpaneelen, Experimente auf den D1 und D2-Missionen, extraterrestrische Missionen, in der Kameratechnik, beim Columbusmodul der ISS und in der Missionskontrolle haben wesentlich zum Ruf des made in Germany beigetragen. Deutschland ist an den oben aufgeführten europäischen Raumfahrtinitiativen als zweitgrößter Beitragszahler der ESA und in der industriellen Führungsrolle bei GALILEO in wesentlichem Umfang beteiligt und spielt nach wie vor eine tragende Rolle in der europäischen Raumfahrtpolitik.

Eine internationale, über die EU hinausgehende Zusammenarbeit gilt nicht nur unter Kostengesichtspunkten als geboten. Das Projekt einer Internationalen Raumstation (ISS) ebenso wie die Kooperation mit Russland im Trägerbereich (EUROCKOT) und die Einbeziehung der Sojus-Rakete in die Europäische Trägerfamilie tragen dem Rechnung.

Dennoch befinden sich sowohl europäische als auch deutsche Raumfahrt in einer besorgniserregenden Lage. Zeitliche Verzögerungen und technische Probleme bei der Einführung der ARIANE 5 stellen eine hohe finanzielle Belastung dar. Eine schwierige Weltmarktsituation, u.a. bedingt durch den drastischen Einbruch bei der Satellitennachfrage um 60 Prozent in 2002 im Vergleich zu 2001, machen Konsolidierungsprozesse erforderlich, die im Bereich der Systemindustrie bereits begonnen haben. Gleichzeitig stagnieren europäische Raumfahrtbudgets bzw. gehen sogar leicht zurück. In Deutschland, wo der kommerzialisierte Aspekt der Raumfahrt eine größere Rolle spielt, macht sich die Marktlage besonders bemerkbar. Dagegen gleichen die USA diese Situation durch verstärkt staatliches Engagement – insbesondere für Wehrtechnik – aus.

National wie europäisch liegt der Fokus auf der zivilen Raumfahrt, während sicherheits- und verteidigungspolitische Bereiche bislang ausgeklammert werden. Gerade die USA setzen andere Schwerpunkte, was eine Zusammenarbeit erschweren wird. Im Übrigen sind Raumfahrttechnologien vielfach als „Dual-Use-Techniken“ zu qualifizieren. Eine übermäßig strikte Exportkontrolle schränkt dabei die deutsche Konkurrenzfähigkeit deutlich ein.

In Europa werden weniger als 15 Euro pro Einwohner und Jahr an öffentlichen Mitteln für die Raumfahrt zur Verfügung gestellt. Dagegen investieren die USA 110 Euro pro Einwohner und Jahr. Dies dürfte zu großen Wettbewerbsnachteilen der europäischen Raumfahrtindustrie führen.

Gleichzeitig büßt Deutschland gegenüber seinen europäischen Partnern an Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit ein, was deutlich wird, wenn man die Budgets für die nationalen Raumfahrtaktivitäten Deutschlands mit denen Italiens und Frankreichs vergleicht: Frankreich investiert rund das Dreifache und Italien in etwa das Doppelte des bundesdeutschen Budgets für nationale Aktivitäten. Zudem steigen die italienischen Ausgaben stetig an oder bleiben zumin-

dest konstant, während sie in Deutschland kontinuierlich und immer deutlicher reduziert werden. Setzt man die Budgets darüber hinaus in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, wird dieser Eindruck noch verstärkt. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (2 110,4 Mrd. Euro im Jahr 2002) ist im Vergleich zu Frankreich (1 520,8 Mrd. Euro im Jahr 2002) und Italien (1 258,3 Mrd. Euro im Jahr 2002) deutlich höher, während, wie eben dargestellt, die Ausgaben Deutschlands für die Raumfahrt die geringsten sind. Die Bedeutung des nationalen Budgets im nicht weg zu diskutierenden innereuropäischen Wettbewerb wird unterschätzt. Das nationale Budget sichert nationale Kapazitäten und Kompetenzen und wird über die künftige deutsche Wettbewerbsfähigkeit entscheiden. Vor dem Hintergrund der nunmehr im Weißbuch beschlossenen EU-Aktivitäten ist das von besonderer Bedeutung.

Dies wird in Zukunft immer wichtiger, da bei Projekten, wie z. B. GALILEO und GMES, die Rückflusskriterien der ESA bei einem 50-prozentigen EU-Anteil nicht weiter angewandt werden und deshalb ausschließlich die Kompetenzen von Bedeutung sind.

Trotzdem ist ein deutliches Missverhältnis zwischen dem deutschen ESA-Beitrag und dem nationalen Raumfahrtprogramm auszumachen. Die Ausgaben für den deutschen ESA-Beitrag wurden in den letzten Jahren konstant gehalten bzw. sind sogar angestiegen, was ebenfalls auf Kosten der nationalen Raumfahrtbudgets realisiert wurde. Der deutsche ESA-Beitrag stand ursprünglich im Verhältnis von 65:35 zum nationalen Budget. Das aktuelle Verhältnis beläuft sich auf fast 80:20. Frankreich und Italien gehen zur Stärkung ihrer nationalen Raumfahrtkapazitäten den umgekehrten Weg.

Im Jahr 2003 wurde im Ministerrat ein Ausgleich für das deutsche Rückflussdefizit in Höhe von 155 Mio. Euro beschlossen. Nur die nachhaltige Beseitigung dieses Defizits wird die Bundesrepublik Deutschland in der derzeitigen Finanzsituation in die Lage versetzen, den Raumfahrtstandort Deutschland über nationale Anstrengungen zu sichern.

Das Fortexistieren kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit Luft- und Raumfahrtengagement hängt ab vom nationalen Raumfahrtprogramm. Sie stellen nicht nur wichtige Arbeitgeber dar, sondern wirken der faktischen Monopolsituation zumindest eingeschränkt entgegen. Das gilt für den typischen Mittelstand wie die Konzerntöchter in mittelständischer Struktur und Größe. Mit dem Verschwinden von KMU geht ein hohes Maß an Raumfahrtkompetenz verloren.

Gleiches bewirken der Rückgang der Zahl junger, flexibler Nachwuchskräfte bzw. eine vermehrte Abwanderung fähiger Fachleute aus Deutschland („brain drain“) und die Verlagerung von Unternehmensstandorten. Dies hat verschiedene Ursachen. Motivation sind z. B. steuerliche Bedingungen sowie ein noch besseres Image der Raumfahrt im Ausland.

Insgesamt besteht Handlungsbedarf, um die wissenschaftliche Zukunfts- und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Raumfahrtstandorts Deutschland in Europa zu stärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Raumfahrt als visionenbasiertes Wissenschaftsfeld zu begreifen und deshalb
   - an der bemannten Raumfahrt festzuhalten und ISS zu stützen,
   - künftig auf visionäre Programme, wie z. B. AURORA, an dem Deutschland nicht beteiligt ist, nicht grundsätzlich zu verzichten;
2. eine langfristige Strategie zu entwickeln, indem sie

- die Raumfahrtpolitik noch mehr als eine ressortübergreifende Politik begreift und dementsprechend in Abstimmung der beteiligten Ressorts ein konsistentes deutsches Raumfahrtprogramm entwickelt, um gegenläufige Strategien zu vermeiden und auch in der Finanzierung größtmögliche Synergieeffekte zu erzielen,
- sich dafür einsetzt, dass die nationalen Raumfahrtprogramme und der im Weißbuch von der EU-Kommission zugrunde gelegte Weltraum-Aktionsplan aufeinander abgestimmt werden,
- den Technologiebedarf für die nächsten Jahrzehnte frühzeitig ermittelt und sich hier im Hinblick auf die knappen finanziellen Mittel auf die Zukunftsfelder und -kompetenzen konzentriert,
- sich gegen den Ausbau redundanter Kapazitäten wendet, wie sie z. B. durch VEGA und EUROCKOT parallel entstehen werden;

3. kleinen und mittleren Unternehmen die Chance zur Partizipation zu erhalten durch
   - Aufbau und Förderung von Public Private Partnerships über einen langjährigen Zeitraum, wobei für Industrie und Wirtschaft die notwendige Verlässlichkeit geschaffen wird, die diese für eine wirtschaftliche Beteiligung an Raumfahrtprogrammen benötigt,
   - Schaffung der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für diese Zusammenarbeit zwischen Privaten und Staat,
   - Stärkung des nationalen Programms;
4. nationale Interessen zu vertreten und durchzusetzen durch
   - Sicherung der nationalen Zuständigkeiten statt einer ausschließlichen Kompetenzübertragung auf die EU,
   - Stärkung der deutschen Raumfahrtstandorte,
   - Gewährleistung des „Sockelbetrags“ für Unternehmen und Institute, wie z. B. das DLR, da ansonsten deren Beteiligung an wichtigen Projekten des nationalen Programms (u. a. CHAMP, GRACE, ENVISAT, Mars-Express) gefährdet wird,
   - Sicherstellung der deutschen Präsenz in wichtigen europäischen Gremien durch Erhöhung des Anteils der deutschen Mitarbeiter innerhalb der ESA und der EU,
   - Erhalt und Ausbau einer dem deutschen ESA-Beitrag entsprechenden Wertschöpfung aus europäischen Programmen in Deutschland,
   - dauerhafte und konsequente Verringerung des Rückflussdefizits,
   - Abbau der zu hohen Kassenmittel der ESA, um dadurch den deutschen ESA-Beitrag zu verringern,
   - den Verzicht auf eine ideologisch getriebene rigide Exportkontrolle, die derzeit den Export von Dual-Use-Gütern unangemessen beeinträchtigt und zu einer Verlagerung von Produktion und/oder Vertrieb ins Ausland führt, und Drängen auf eine weitere Harmonisierung der Exportkontrolle;
5. den wissenschaftlichen und technischen Nachwuchs zu fördern durch
   - Steigerung der Attraktivität der Raumfahrtforschung in den natur- und ingenieurwissenschafftlichen Studiengängen,
   - Unterstützung von Kooperationen staatlicher Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie Hochschulen mit Industrie und Wirtschaft, die

dem Nachwuchs Möglichkeiten zur Beteiligung an Projekten, zur Diplomarbeit und zur Promotion eröffnen,

- Schaffung entsprechender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die es den Unternehmen ermöglichen, neue Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen;

6. internationale Zusammenarbeit anzustreben und zu unterstützen, indem

- internationale Kooperationen wie die der EU mit China im Rahmen von GALILEO vorangetrieben werden, um Erfahrungen mit anderer Raumfahrtnationen, insbesondere der USA und Russland, austauschen und nutzen zu können,
- gleichwertige Partnerschaften erreicht werden,
- ein noch intensiveres Engagement der Europäischen Union eingefordert wird und man sich für eine Verschmelzung der Raumfahrtpolitik von Europäischer Union und ESA einsetzt,
- die ESA in die Rolle einer Implemtierungsagentur für eine gemeinsame europäische Raumfahrtpolitik gehoben wird,
- neben den zivilen Zwecken auch sicherheits- und verteidigungspolitische Bereiche in die künftige Raumfahrtpolitik einbezogen werden.

Berlin, den 13. Januar 2004

Dr. Georg Nüßlein
Katherina Reiche
Thomas Rachel
Dr. Maria Böhmer
Ilse Aigner
Dr. Christoph Bergner
Helge Braun
Vera Dominke
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Helmut Heiderich
Michael Kretschmer
Helmut Lamp
Werner Lensing
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Bernward Müller (Gera)
Hans Raidel
Dr. Heinz Riesenhuber
Kurt J. Rossmanith
Christian Schmidt (Fürth)
Uwe Schummer
Marion Seib
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333